

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Drucknummer 25 241. Nur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Dörfchen bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. Die einseitige 37 mm breite Zeile 1,00 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verträge 25 %. Druckgebühren laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Barzahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Lepzig & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Max Glöss Nachf.**  
Moritzstraße 18.  
**Praktische Weihnachtsgeschenke**

**Blesch-Weinstuben**  
Prager Straße  
Täglich: **Künstler-Konzert**  
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

**Inneneinrichtungen**  
in erstklassiger Ausführung zu wohlfeilen Preisen  
**Robert Barthel, Möbelfabrik**  
Geogr. 1881 Große Plauensche Straße 25 Tel. 2170

## Die Reichshilfe für die Kleinrentner.

**Die Lebensgabenpolitik des Kabinetts Birck Eine ganze Milliarde für eine Million Kleinrentner!**

Berlin, 9. Dez. Die von der Reichsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Verringerung der Not unter den Rentnern sind bereits so weit fortgeschritten, daß sie als abgeschlossen angesehen werden können. Es sind zwei große Aktionen zu unterscheiden. Die eine bezieht sich auf die Invalidenrentner, während die andere Maßnahmen gegen den Notstand unter den Kleinrentnern vorzieht. Die Aktion für die Invalidenrentner wird auf gesetzlichem Wege geregelt werden. Der Gesetzentwurf sieht dabei nicht nur die Invalidenrentner, sondern auch die Rentner aus der Angestelltenversicherung vor. Nach ungefährender Schätzung werden von diesem Gesetzentwurf etwa 1 Million Invalidenrentner betroffen. Zu ihrer Unterstützung hat die Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1921 1 Milliarde Mark ausgeworfen. Die Hilfe für die Kleinrentner wird dagegen nicht auf gesetzlichem Wege geregelt werden. Die Regelung für sie wird vielmehr durch bestimmte, vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene Richtlinien erfolgen. Im großen und ganzen soll hier den einzelnen Gemeinden ziemlich freie Hand gelassen werden. Die Summe, die vom Reiche für die Kleinrentner aufgewandt werden soll, beträgt 100 Millionen Mark, wobei etwa eine Viertelmillion bedürftige Kleinrentner in Frage kommen. Diese 100 Millionen Mark sollen vom Reiche als Zuschüsse zu den von den Ländern und Gemeinden den notwendigen Kleinrentnern gewährten Unterhaltungsbeiträgen verwendet werden. Auf Grund der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums soll im allgemeinen auch die Verteilung der Unterhaltungsbeiträge erfolgen, wobei im besonderen das Alter und der Grad der Arbeitsunfähigkeit des Bedürftigen in Betracht gezogen werden sollen. Die Ausführung des Unterhaltungsbeitrages soll nicht im ganzen, sondern ratenweise erfolgen.

## Die neue Orisklasseneinteilung abgeschlossen

Berlin, 9. Dez. In der Reichskanzlei fanden heute Berechnungen zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Reichsparteien statt. Die Vertreter der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei wurden gemeinsam empfangen, die der Deutschnationalen und der Unabhängigen gesondert. Die Berechnungen galten ausschließlich Beamtenfragen, vorwiegend der neuen Orisklasseneinteilung. — Die im Reichsfinanzministerium gepflogenen Verhandlungen mit der Beamtenliste über das endgültige Orisklassenverzeichnis, die nahezu drei Wochen gedauert haben, sind nunmehr zum Abschluß gekommen und haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Den Wünschen der Beamten ist in weitestgehendem Maße entgegengekommen. Die Vorlage bringt gegenüber den bisherigen Entwürfen sehr zahlreiche und ins Gewicht fallende Verbesserungen. So ist die Mehrzahl der deutschen Großstädte, z. B. Königsberg, Stettin, Halle, Breslau, Kiel, Magdeburg, Hannover, Nürnberg und Karlsruhe in eine höhere Orisklasse gekommen. Auch von den mittleren und kleineren Städten ist ein großer Teil erhoben worden. Gegenwärtig liegt der Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlussfassung vor und soll mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 an gelten. Infolgedessen sind die Nachzahlungen, die sich aus Überhebung von Orten ergeben, sehr beträchtlich. Es handelt sich jetzt nur noch darum, daß nach dem Reichstag das Gesetz angenommen hat, der Reichstag unter Vorbehalt auf Abänderung des Gesetzes sobald als möglich verabschiedet. Die Auszahlungen könnten alsdann sofort erfolgen.

## Das englische Kabinett für das Moratorium.

London, 9. Dez. Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt: Der Grundgedanke, daß Deutschland ein Moratorium erhalten solle, habe die Billigung des britischen Kabinetts erhalten. Der Schatzkanzler Horne habe allerdings gewisse kritische Bemerkungen gemacht. Der Schatzkanzler wünscht laut „Daily Mail“, von Deutschland eine Januar-Rate von 25 Millionen Pfund Sterling zu erhalten, um diese Summe im Budget zu verwenden. Wenn die Bezahlung nicht erfolgt, würden weitere Anleihen notwendig sein. Ein anderer Plan sei die Beschaffung eines großen internationalen Kredits durch die Alliierten für Deutschland unter gleichzeitiger Verhinderung der Inflation der deutschen Währung. Dem Plan zufolge verlautet, sowohl die französische wie die belgische Regierung hätten gegen den Moratoriumsplan Einwände erhoben. Die Frage werde auf einer Zusammenkunft des Obersten Rates, wahrscheinlich zu Beginn des nächsten Jahres, erörtert werden. (S. 1. B.)

## Verchiebung der Abreise Rathenaus.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Berlin, 9. Dez. Dr. Rathenau, der eigentlich morgen wieder in Berlin eintreffen sollte, hat, wie wir erfahren, seine Abreise um einige Tage verschoben. Es steht vorläufig noch nicht fest, wann er nach Berlin zurückkehrt. Die in Politikerkreisen eingetroffenen Informationen sind gleichwohl solcher Art, daß man die Lage durchaus optimistisch beurteilt und damit rechnet, daß ein Moratorium ausbleibt.

## Verchiebung der Reparationszahlungen?

London, 9. Dez. Der politische Berichterstatter der „Evening News“ schreibt: Die Regierung, die für eine Verchiebung der Reparationszahlungen sei, sei durch nachträgliche Vorstellungen von Seiten der Londoner City beeinflusst worden, die dafür einträte, daß Deutschland eine Atempause gewährt werde. Lord George habe Rathenau bisher noch nicht gesehen. Es sei wahrscheinlich, daß eine Zusammenkunft zwischen beiden stattfinden werde. Das „Evening Standard“ zeigte sich bei den letzten Erörterungen mit Vorliebe Meinungsverschiedenheiten zwischen den Engländern und den Franzosen. Von britischer Seite sei der Ansicht Ausdruck gegeben worden, daß Deutschland nicht in der Lage sein werde, die Januar-Rate zu bezahlen. (S. 1. B.)

## Eine Reise Briands nach London?

London, 9. Dez. Amlich wird mitgeteilt: Schatzkanzler Sir Robert Horne und Minister Loucheur legten Lord George heute von dem Inhalt ihrer geistigen Besprechungen über das Briand-Rathenau-Abkommen und im allgemeinen über die Reparation in Waren in Kenntnis. Man kam zu dem Schluß, daß ein informeller Meinungsaustausch zwischen Briand und Lord George wünschenswert sei. Die Reiter vernimmt, wurde vereinbart, daß Briand nach Weihnachten zu einer Besprechung mit Lord George nach London kommen soll. (S. 1. B.)

## Die Großbanken und die Kredithilfe.

Berlin, 9. Dez. Der beim Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiersverbandes in Sachen der Kredithilfe bestellte Ausschuß hat beschlossen, den Firmen Reichsdrucker, Deutsche Bank, Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Metallbank und Warburg & Co. in Gemeinschaft mit dem Präsidium des Zentralverbandes die Vertretung des Bankwesens bei weiteren Verhandlungen mit der entsprechenden Kommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und anderen beteiligten Stellen zu übertragen. Zur Bearbeitung der die Reorganisation des Eisenbahnwesens betr. Fragen ist ein weiterer Ausschuß gebildet worden, dem außer dem Präsidium des Zentralverbandes und den oben genannten Firmen noch weitere Banken und Großbanken angehören.

Paris, 9. Dez. Der „Matin“ meldet, man glaube in englischen politischen Kreisen, daß England ebenfalls mit Deutschland ein Abkommen zur Zahlung in Waren treffen könne und daß man Belgien und Italien nabekommen werde, das selbe zu tun, und daß alle diese Abkommen innerhalb der in dem Londoner Abkommen festgesetzten Grenzen bleiben sollen, das die Gesamthöhe der deutschen Schuld festsetzt.

## Die Erhöhungen im französischen Kriegsbudget.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Paris, 9. Dez. Heute morgen hat die Kammer die Beratung des Kriegsbudgets weitergeführt. Die Kredite für die militärischen Vorräte wurden um 5 Millionen vergrößert, der Kredit für die Artillerie um 100 000 Franken. Eine Kreditvergrößerung von 600 000 Franken für den allgemeinen Nachschubdienst des Kriegsministeriums wird ebenfalls angenommen. Dieser Posten beläuft sich jetzt noch auf 8 Millionen Franken. Der Kriegsminister erklärte, daß diese Summe ausreicht sei. In der Nachmittags-Sitzung nimmt die Kammer zunächst ein Gesetz über das neue Flottenprogramm an, das den Bau von 20 Aufklärungsflugzeugern, 6 Torpedobootzerstörern, 12 Torpedobooten und 12 Unterseebooten vorsieht. Dafür sind für das nächste Jahr 160 Millionen Franken Kredit vorgesehn, 333 Millionen im Jahre 1922, 190 Millionen im Jahre 1923 und 71 Millionen im Jahre 1925. Die Beratungen des Kriegsbudgets werden sodann weitergeführt. Beim Kapitel über die Artillerie, wofür 121 Millionen vorgesehn sind, nimmt die Kammer auf den Vorschlag des Kriegsministers eine Krediterhöhung von 8 Millionen an. Eine Krediterhöhung von 8 Millionen Franken für die Militärverwaltungen wird ebenfalls angenommen.

## Der Viererbund des Stillen Ozeans.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)  
Paris, 9. Dez. Der Korrespondent der „New York Times“ erzählt, daß der Viererbund des Stillen Ozeans die nachfolgenden vier Bestimmungen umfaßt: 1. Das Abkommen stellt den Status quo im Stillen Ozean fest und die Verpflichtung, keine Besitzungen einer anderen Macht zu annektieren. 2. Wenn die Interessen einer Macht bedroht sind, so ist diese Macht gezwungen, die anderen Mächte zu befragen, bevor sie irgendwelche Handlungen unternimmt. 3. Wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Vertragschließenden entsteht, so treten die beiden anderen Mächte als Vermittler oder Schlichter auf. 4. Die englisch-japanische Allianz wird nach Ratifizierung dieses Abkommens zu Ende gehen. — Die „New York Times“ hat berichtet, daß das Abkommen nichts über die chinesische Frage und über die Flottenabstimmungen enthält. Holland habe erklärt, dem Viererbund beizutreten.  
London, 9. Dez. Nach dem Korrespondenten der „Morning Post“ in Washington hat die Regierung in Tokio bedingungslos das vorgeschlagene Flottenverhältnis von 5 : 5 : 3 angenommen.

## Die ostasiatische Sphäre.

Es ist stiller geworden drüben über dem großen Wasser, nachdem Briands Ausfall in Washington, ferner in Paris ertönen, und nachdem sich in Washington die Aufregung über seine letzten Taktlosigkeit gegen England und Italien gelegt hat. Stillter aber nur für uns und die breite Öffentlichkeit; denn erhebt sich nicht unsere eigene Not so dringend, daß sich unsere Augen fast ausschließlich nach London richten, und zweitens werden nach der berühmten „Abmachung“ der Weimardiplomatie die Washingtoner Verhandlungen in einer Weise hinter verschlossener Türen geführt, daß nur das in die Öffentlichkeit dringt, was die einzelnen Delegationen — allen voran die vorzähligen, stets einige interessante Körner enthaltenden Informationen des englischen Lords Aldred — der Welt sagen wollen. Die öffentlichen Volkstimmen sind eine Einwirkung geworden, von der so gut wie nur kein Gebrauch mehr gemacht wird, und so ist es vornehmlich in Deutschland fast ganz unbemerkt geblieben, daß man in Washington eben erst wieder eine Krise überstanden hat, die noch allen Friedensgereden die Kriegsfahrt im ferneren Osten in sehr bedrohliche Nähe gerückt hatte. Von der Konferenz erfährt man nur eine Neuerung des stets verbindlichen und vermittelnden japanischen Delegationsvorsitzenden Admiral Sato, daß die Verhandlungen mit Tokio über das sinnlose Verhältnis der Flottenstärken durch sehr beträchtliche Störungen in der Uebermittlung von Telegrammen erschwert und verzögert werden. Wenn aber in der Tat, wie die Presse berichtet, auch nur schadhafte, so ist das immer eine heikle Sache, hinter der etwas Bedrohliches steckt. Auch dafür gab Baron Sato eine Aufklärung, indem er auf seine Bereitschaft anwies, um „Zeitungsartikel“, die die neue „Handlung“ Japans anfechteten, als beinahe bedeutungslos hinzustellen. Dieser Hinweis war die einzige Andeutung der harten Einflüsse der Republikanten in Tokio, die das ungesicherte Verhältnis von 5 : 5 : 3 ablehnten und auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts hinarbeiteten. Sie sahen in dem noch bestehenden englisch-japanischen Bündnis eine Gewähr zwar nicht für eine Hilfe, wohl aber für eine Neutralität Englands in einem bewaffneten japanisch-amerikanischen Konflikt, der im Augenblick für Japan um so größerer Vorteile wäre, als die neuesten amerikanischen Dreadnoughts noch nicht fertig gestellt seien und wegen mangelnder amerikanischer Motoren schwerpunkte ein amerikanischer Flottenanmarsch nicht möglich wäre. Diese Einflüsse hörten den Traktat von Tokio nach Washington in so gefährlicher Weise, und wenn sich der mächtigste gemäßigteste Standpunkt der japanischen Regierung nicht zuletzt durch Einwirkung Baron Satos, schließlich durchgeleitet hat, so ist die inzwischen kundgebene japanische Einwilligung in das Abrüstungsprogramm zweifellos nicht ohne beträchtliche Modifikationen der anderen Konferenzstaaten erreicht worden. Nicht allein, daß die Japaner ihren geliebten „Kultur“, den modernsten, durch allgemeine Volksgespenden erbauten National Dreadnought, behalten dürfen, viel mehr noch in der chinesischen Frage, wobei der demokratische Rücktritt von vier Mitgliedern der chinesischen Delegation den sichtbarsten Ausdruck für den Umfang dieser Augenmaßnahme bildet.

Die chinesische Frage ist überhaupt das Schmerzenskind der ganzen Konferenz, und wenn man sich vor Augen hält, wie hier Harding und Hughes von ihrem ursprünglichen Programm abgedrängt worden sind, so kann man verstehen, warum in Washington alles so heftig betrieben wird, laut man auch verstehen, daß die öffentlichen Diskussionen dort nicht dienen sollen, das tatsächliche Ergebnis der Konferenz hinter die Kulissen des Hinangenden zu verbergen. So wird der Grundgedanke von der Unverschieblichkeit Chinas wohl nur in der Theorie beibehalten bleiben. Davon ändert auch die Tatsache nichts, daß Japan mit Rücksicht auf den Protektorat der vier chinesischen Delegationen dem Führer der chinesischen Abordnung Wellington Koo mit dem Verzicht auf seine Vorzugsrechte in Staatsangelegenheiten einen äußeren Erfolg vereiert hat. Wie diese Freigabe Staatsangelegenheiten in der Praxis aussehen wird, bleibt eine offene Frage. China selbst hat mit seiner Pachtung Nantons die Schuld an dem Rennen um Konzeptionen und Interessen in die Schuld schiebt — Deutschland also wieder mal der Zündenbottel — den Japanern die Waffe in die Hand gegeben, um Fort Arthur und Dalian zu behalten. Japan war durch das örtliche Vorgehen (1) zu dieser Erwerbung gezwungen und hat sie mit dem Mut seiner Söhne bezahlt. So trauen merke man an der Hand der chinesischen Feindklinge. Die Konferenz nahm die strategische Notwendigkeit des Besitzes dieser beiden Punkte zur Kenntnis, und England bot diese Tatsache einen willkommenen Anlaß zu seiner Forderung. Weimardiplomatie und den Hongkong beherrschenden Oasen Kulong zu behalten. Vorkong aber als Anzeichen zu erklären. Dabei bleibt natürlich von einer Integrität Chinas nicht viel zu hören, und trotz des auf amerikanische Einflüsse zurückzuführenden anmaßenden Auftretens Chinas, das zu der kaum über die Tore Pekings hinausreichenden tatsächlichen Macht der Peking Regierung in keinem Verhältnis steht, werden für die chinesische Delegation wenig mehr als vage